



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/105

8. Mai 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Ein Jahr blockadefreies Berlin	S.1
Truman auf Werbereise Ein Bericht aus den USA	S.3
Salzgitter - Nach dem Briefe Robertsons	S.5
Gleichen Lohn bei gleicher Arbeit Eine Forderung des SPD-Frauenaussch.	S.6

Ein Jahr blockadefreies Berlin

F.F. Als am 12. Mai des Vorjahres die über die Berliner Westtoren von den Sowjets verhängte totale Blockade für beendet erklärt wurde und der Interzonenzug nach fast zehn Monaten erstmalig wieder über die verrosteten Gleise fuhr, war eine bedeutsame Entscheidung gefallen. Nämlich die, dass nicht alle Wege nach Moskau führen, wie es Stalins Gefolgsleute gerne der unruhewollen Nachkriegswelt einreden möchten. Und ebenso die andere, dass dem Willen und Machtkomplex des Moskauer Politbüros durchaus Grenzen gezogen werden können, die auch von den Expansionisten im Krenl respektiert werden müssen, sofern nur der Westen einmütig und mit Konsequenz zu handeln bereit ist.

Erstmalig nach 1945 war den Sowjets mit jener Entschlossenheit auf ihre Annektions- und Unterwerfungsgelüste begegnet worden, die es ihnen ratsam erscheinen liess, nachzugeben und die Aktion abzublasen. Die Luftbrücke war eine handfeste Tatsache gegenüber den bisherigen papierernen Protesten, die niemals sonderlich ernst genommen wurden, weil nach aller Erfahrung bis dahin der Westen Angst vor der eigenen Courage hatte. Solange man damit rechnen konnte, dass wenigstens einer der westlichen Partner zum Einlenken raten würde, war das Risiko für Moskau gering. Und entsprechend die Gewinnchance gross.

Ohne die Entschlossenheit der Berliner bleibt es fraglich, ob die Westalliierten nicht die Westsektoren schliesslich doch aufgege-

ben hätten. Man braucht sich nachträglich nichts darüber vorzumachen, dass auf alliierter Seite in der entscheidenden Phase die Einsichtigen einen absolute Minderheit waren. Wie sehr mit dem Schicksal Berlins das westeuropäische und damit westliche überhaupt aufs engste verknüpft ist, haben die meisten erst hernach begriffen, als alles durchgestanden war.

Überall atmete man erleichtert auf, als die Blockierung Berlins ihr Ende fand. Wer aber meinte, damit sei die Bedrohung überhaupt beseitigt, wurde in der Zwischenzeit eines Schlechteren belehrt. Die Nadelstich-Politik mit ebenso vorübergehenden wie willkürlichen Transporterschwarnissen sowie die stete Unterminierarbeit mit Drohungen und Verlockungen (etwa wie das bevorstehende Pfingsttreffen der FDJ) sind Teile einer Zermürbungsstrategie auf lange Sicht, die an die Stelle der massierten Gewaltaktion trat. Mit diesen Massnahmen will man vor allem zweierlei erreichen: eine Unterstützung der Widerstrebenden in Westdeutschland, die von Berlin und vom deutschen Osten sowieso nicht allzuviel halten; und Wasser auf die Mühlen der eigenen Sowjetpropaganda, derzufolge Berlin nur gegen den Westen und als einseitiger Bestandteil des Ostens leben und gedeihen könne.

Wenn man häufiger die Stoßseufzer über die "Belastungen" hört, die Westdeutschland auch weiterhin für Berlin tragen muss, ist man manchmal versucht, zu fragen, ob denn jemand im Ernst glaubt, dass die Berliner ihre ungleich schwereren Belastungen und Nöte aus reinem Übermut auf sich genommen haben. Etwa den Verlust der Restsubstanz von Industrie, Handel und Handwerk, die ohnehin schon als Folge der Sowjetdemontage weitaus kleiner war als irgendwo sonst in Deutschland. Oder die 300.000 Arbeitslosen (ohne die Kurzarbeiter), anders ausgedrückt: den Umstand, dass von je drei arbeitswilligen Männern und Frauen nicht einmal zwei in Vollbeschäftigung stehen. Wenn jemand zutiefst den Wunsch nach friedlicher Aufbauarbeit kennt, dann die Berliner. Aber sie wissen eben auch, dass Friedhoferuhe nicht unbedingt Frieden heisst. Und wenn sie sich gegen die Vergewaltigung durch den Bolschewismus zur Wehr setzen, so tun sie das gewiss auch zu ihrem eigenen Besten, nicht minder aber auch aus einer europäischen Verantwortung heraus, an der sich der Westen ein Beispiel nehmen darf.

Das Leben in Westberlin ist, seit Güter und Menschen wieder herein- und hinauspassieren können, erheblich leichter geworden. Es bleibt trotzdem noch genug zu tragen. Am meisten auf den Schultern derer,

die wirtschaftlich den Nachwirkungen der Blockade zum Opfer fielen. Wenn hier der Westen Not lindern und die Gesundheit fördern hilft, kommt er damit nur einer gesamtdeutschen und europäischen Verpflichtung nach. Das ist gewiss schon etwas, aber es ist bei weitem zu wenig. Die Lehren aus dem Kampf in und um Berlin warten immer noch darauf, endlich ausgewertet und beherzigt zu werden. In Westdeutschland und in der ganzen westlichen Welt. Bisher haben allein die Berliner, zugleich namens und im stillen Auftrag der Ostzone, immer von neuem bewiesen, dass sie aus der Vergangenheit wirklich dazu-gelernt haben.

- o - o -

Truman auf Werbereise
(Von unserem Korrespondenten)

H.St., Washington

Mitten in der politischen Hochsaison wird Präsident Harry S. Truman im Sonderzug quer durch die Vereinigten Staaten reisen und unterwegs, von Versammlungshallen, öffentlichen Plätzen oder von der Plattform seines Salonwagens aus Ansprachen an das amerikanische Volk halten. Die Begleitumstände und besonderen politischen Konstellationen des Augenblicks machen diese Reise zu einem innen- und aussenpolitischen Ereignis von vermutlich weitreichenden Folgen und grosser Bedeutung.

Einer der Gründe, die für die Plötzlichkeit des Reiseentschlusses sprechen, liegt auf der Hand und wird namentlich von den Gegnern Trumans und seiner Partei offen ausgesprochen: im November dieses Jahres finden Kongresswahlen statt, in denen das gesamte Repräsentantenhaus (die 2. Kammer des Kongresses) neu gewählt und ein Drittel des Senats erneuert werden muss, und dem Präsidenten liege daran, "seinen" Kandidaten in den am meisten umstrittenen Wahlkreisen rechtzeitig die nötige Rücken-deckung zu geben. Dieser Grund trifft gewiss zu, und man weiss, dass Truman, der das Prinzip der "Parteitreu" und der Parteidisziplin hoch in Ehren hält, grossen Wert darauf legt, seiner Partei die nötige Wahlhilfe zu leisten - aber das ist doch nur einer der Gründe, und nicht der entscheidende, für seine Reise durch das Land.

Der Hauptgrund liegt auf anderem, psychologischem Gebiet. Truman ist, was auch von seinen Gegnern zugestanden wird, ein routinierter Politiker, und er hat einen untrüglichen Instinkt für die politischen Notwendigkeiten des Augenblicks. Er hat begriffen, dass es dringend

für ihn notwendig ist, wieder einmal den direkten Kontakt zum Volk zu suchen.

In den letzten Monaten ist Truman politisch nicht übermässig erfolgreich gewesen. Im Kongress hat die aus Republikanern und Südstaaten-demokraten gebildete heimliche Koalition einen Grossteil der Reformvorschläge seines "Fair Deal"-Programmes blockiert: Nur einige wenige Vorschläge, wie staatliche Beihilfe zum Wohnungsbau und Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne, sind Gesetz geworden. Auf der anderen Seite hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit (die im Februar bis auf fünf Millionen gestiegen war, seither allerdings wieder nicht unerheblich zurückgegangen ist) im Lande eine deutliche Beunruhigung geschaffen. Schlimmer freilich noch sind die aussenpolitischen Faktoren: der Sieg der Kommunisten in China und die zunehmende Verschärfung des "Kalten Krieges" lasten wie ein Alpdruck über dem ganzen Volk. Endlich haben die giftigen und unmotivierten Angriffe des rabiaten Senators McCarthy gegen die vermeintlichen "versteckten Kommunisten und geheimen russischen Agenten im Staatsdepartement und im diplomatischen Dienst" doch einen gewissen Eindruck gemacht, obwohl McCarthy jegliche Beweise für seine grotesken Angriffe schuldig geblieben ist.

Truman und sein Anhang, also der ganze Kreis, der "gemässigten Linken" Amerikas, sind in letzter Zeit erheblich in die Defensive gedrängt worden. Die massiven Angriffe McCarthys spielen dabei keine so grosse Rolle wie die kürzlich öffentlich unternommenen Vorstösse des alten Expräsidenten Hoover, der in ziemlich unverhüllter Form Rückkehr zum alten Isolationsismus, in etwas modernisierter Form, Ausstossung der Russen und ihrer Freunde aus der UNO und Waffenhilfe für den Rest der Tschiang-Kai-Schek-Regierung auf Formosa forderte. Der rechte Flügel der Republikanischen Partei, für den Hoover symptomatisch ist, rüstet sich zur grossen Attacke. Benjamin Fairless, der Generaldirektor der "U.S. Steel", des grössten Stahlkonzerns Amerikas, und einer der vier oder fünf massgeblichen Industriekapitäne, erklärte dieser Tage einem Untersuchungsausschuss des Kongresses, seine Firma sei stolz darauf, die gesamte Stahlindustrie Amerikas zu beherrschen und Riesenprofite zu machen, und die Firma habe das Recht, die Preise nach Belieben zu erhöhen, und brauche weder Kongress noch Regierung um Erlaubnis zu fragen...

Solche Worte hat man in Washington seit dem Amtsantritt Roosevelts vor fast 20 Jahren nicht mehr gehört - und es passt in diesen Zusammenhang, dass es in den letzten Tagen auch einige Lokalwahlen,

namentlich im Süden des Landes, einen leichten Rechtsruck erkennen liessen. Wenn es wirklich so ist, dass das Pendel der amerikanischen Volksstimmung nach rechts zu schwingen beginnt, dann ist Trumans Entschluss, selber in die vorderste Linie der Kampffront zu springen, und diese Entwicklung zu bekämpfen, höchst bemerkenswert. Von dem Erfolg seiner Reise quer durch das Land wird die politische Entwicklung Amerikas in den kommenden Jahren voraussichtlich sehr wesentlich beeinflusst werden.

- o - o -

Salzgitter

-dt. Vom "Demontage-Stop für die Reichswerke" bis zu "Salzgitter kann wieder leben" reicht die Skala der Irrtümer über den Brief General Robertsons an Dr. Adenauer. Der Optimismus, der in diesen Überschriften zum Ausdruck kam, ist nur noch übertroffen worden von der Zuversicht, die Bundesminister Storch ausstrahlte, als er diese "angeblich letzte Entscheidung" über die Reichswerke bekanntgab.

Aus der Nähe betrachtet und im Werke selbst besehen, schrumpfen die zuversichtlichen Überschriften zusammen; übrig bleibt die Erkenntnis, dass die Reichswerke, einst ein Koloss mit einer Jahresproduktion von einer Mill. t Stahl, bis auf die 120 m lange Halle der Schmiede genau nach dem Demontageplan vom Herbst 1947 abgebaut werden. Das bedeutet, dass kein Stahl mehr erzeugt werden darf und dass nicht einmal das vom Werk erbetene Roheisenprogramm mit vier Hochöfen bewilligt wurde. Es bleibt bei den drei Hochöfen des ersten Demontagebefehls, der so oft genannte Hochofen V wird demontiert. Dem Werk verbleibt eine optimale Leistungsfähigkeit von etwa 45.000 t Roheisen monatlich. Dabei fehlt es für den zweiten Hochofen, den Minister Storch "in den nächsten Tagen" anzublase versprach, an Aufträgen. In Wirklichkeit werden heute in Salzgitter monatlich 15.000 t Roheisen hergestellt und wenn die deutsche Stahlquote nicht erhöht und die Ruhrindustrie kein Erbarmen zeigt, bleiben die angekündigten Rauchfahnen über dem zweiten Hochofen blauer Dunst, vom dritten Hochofen gar nicht zu sprechen.

Nicht den Demontageplan der Reparationskommission, wohl aber den Sprengungsplan der Demilitarisierungskommission hat General Robertson ab. ändert. Das sei dankbar vermerkt. Etwa 20 Gebäude, die nach der Demontage von acht Hochöfen "überflüssig" geworden waren, sollten gesprengt werden. Diese mit Gründen der Vernunft nicht aufrechtzuerhaltende Absicht hat der Hohe Kommissar durchkreuzt; die Gebäude bleiben

erhalten und in ihnen kann die Werkleitung bei einer Investition von 12 Mill. DM (das Geld muss erst beschafft werden) die Erzeugung von Schlackensand, Schotter aus Hochofenschlacke, Steinen aus Flugasche und eine Teerverwertung einrichten. Nach und nach können im Laufe von etwa zwei Jahren 2.000 Arbeitsplätze geschaffen werden - ein Tropfen auf einen heißen Stein bei 14.000 bis zur Aussichtslosigkeit arbeitslosen Menschen des Gebietes.

Die Sprengladungen, die General Robertson bei 20 Gebäuden entschärft hat, sind bei den grössten Objekten des Werkes nicht entfernt worden. Das sind die Hallen des ehemaligen Stahlwerks und des Walzwerks. Sie sollen demontiert, die Fundamente des Stahlwerks gesprengt werden. Damit verliert die Werkleitung weitgehend die Möglichkeit, neue Industrien im Gelände der ehemaligen Reichswerke anzusiedeln. Wobei die Befürchtung verbittert, dass die Walzwerkhalle, die grösste Industriehalle Europas, "an anderer Stelle" wieder aufgebaut werden soll - aber nicht in Salzgitter. Man hatte sich dort, wo zwei bis drei Mrd. t Eisenerz auf die Förderung und Verarbeitung an Ort und Stelle warten, die "endgültige" Regelung doch etwas anders vorgestellt, so dankbar man für das Entgegenkommen ist, das mit den "begnadigten Gebäuden" geboten wurde.

- o - o -

Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit gefordert

sp. Am 6. und 7. Mai fand in Düsseldorf eine zentrale Arbeitstagung der für die Frauenarbeit innerhalb der SPD verantwortlichen Frauen und Männer statt. An der Tagung nahmen ausserdem Vertreterinnen der Gewerkschaften, der Genossenschaft und der Arbeiterwohlfahrt teil.

Zum Thema "Frauenarbeitsarbeit" wurde beschlossen, an den Vorsitzenden des DGB, Hans Böckler, und an die Vorsitzenden der Industriegewerkschaften ein Schreiben zu schicken, in dem gefordert wird, dass bei künftigen Tarifabschlüssen die Lohnfestsetzung lediglich von der Art der Arbeit bestimmt wird und nicht vom Geschlecht oder Alter des Arbeitnehmers, da alle anderen Regelungen dem Artikel 3 des Grundgesetzes widersprechen.

Zum Thema "Jugendnot" wurde festgestellt, dass es nicht tragbar ist, auf Grund einer vorübergehenden Schwierigkeit schulentlassene Mädchen hauptsächlich in die Haushaltsarbeit abzudrängen. In einem Schreiben an den Bundestagsausschuss für Jugendwohlfahrtsfragen wird gefordert, dass bei der Planung von Lehrwerkstätten, bei Bereitstellung von Lehr- und Anlernmöglichkeiten Jungen und Mädchen in gleicher Weise berücksichtigt werden.

Weiter beschloss die Tagung ein Schreiben an die Vorsitzende des UNO-Unterausschusses für Menschenrechte, Frau Ellinor Roosevelt, in dem aufs schärfste gegen die sowjetrussische Erklärung über die Beendigung der Kriegsgefangenenrückkehraktionen protestiert wird.

In einem Appell an die deutschen Frauen warnt die Konferenz vor der Beteiligung an den Veranstaltungen des Demokratischen Frauenbundes, der nichts weiter ist als die Organisation der kommunistischen Frauenschaft der Ostzone und der Länder hinter dem "Eisernen Vorhang".

- o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau